

„Saddam war unsere Kreatur“

Kanan Makiya, Vordenker der irakischen Exil-Opposition, über das Ende des Diktators, neue Fronten in Washington und das Projekt eines idealen Araber-Staats

SPIEGEL: Herr Makiya, Sie haben gesagt, die Bomben auf Bagdad klingen „wie Musik“ in Ihren Ohren. Halten Sie diese Worte im Nachhinein noch für angemessen?

Makiya: Der Krieg gegen das Regime Saddams Husseins ist ein gerechter Krieg – wie jeder Krieg gegen den Faschismus. Das Zitat ist politisch unkorrekt, doch brachte es gemischte Gefühle zum Ausdruck, die viele Iraker teilen: Angst und Freude, Sorge und Hoffnung.

SPIEGEL: Als Sie sich Mitte Januar mit US-Präsident George W. Bush trafen, sagten Sie ihm voraus, eine Bombardierung Bagdads werde gar nicht nötig sein – die Iraker würden die amerikanischen Soldaten mit Blumen und Süßigkeiten begrüßen.

Makiya: Ich habe unterschätzt, wie tief das Misstrauen der Iraker gegen die USA war – vor allem unter den Schiiten im Süden, die wiederholt von den Amerikanern allein gelassen wurden. 3000 bis 5000 Zivilisten kamen im Golfkrieg 1991 ums Leben, aber zwischen 40000 und 100000 Iraker starben allein bei dem darauf folgenden Aufstand, den Saddam brutal niederschlagen ließ, während die USA tatenlos zusahen.

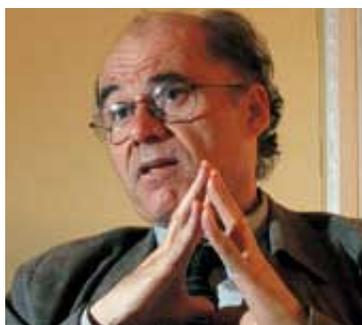
SPIEGEL: Wie konnte Sie diese Entwicklung überraschen? Sie selbst haben in Ihrem Buch „Republik der Angst“ Zwänge und Horror dieser Diktatur beschrieben.

Makiya: Ich wusste von den Ängsten der Leute. Aber ich konnte nicht ahnen, wie viel Glaubwürdigkeit die Amerikaner eingebüßt hatten, vor allem in der 1991 schwer traumatisierten Stadt Basra. Und wie sehr

Saddam die Bevölkerung diesmal mit den Fedajin-Truppen eingeschüchtert hatte – eine Gangsterbande, vergleichbar mit den Nazi-Braunhemden in den dreißiger Jahren.

SPIEGEL: Für Sie ist die Welt voller Analogien: Die Bemühungen der Uno vor dem Konflikt verglichen Sie mit Chamberlains Appeasement-Politik, die Fedajin mit den Nazis und Saddam mit Hitler. Ist das Rhetorik, oder meinen Sie das ernst?

Makiya: Der Totalitarismus der Baath-Partei teilt wichtige Züge mit dem der Nazis. Auch die anderen Regime der Region, Iran und Saudi-Arabien etwa, sind von Übel, doch die Bösartigkeit des irakischen Regimes war einzigartig im Nahen Osten. Saddam war nie Soldat, er kam aus den Sicherheitsdiensten – diesen Charakter trägt sein Regime bis zum Ende. Er hat den Inbegriff eines Polizeistaats geschaffen, die Krönung eines totalitären Regimes, mit der Partei als Kontrollinstrument.



DAVID SCULL / AP/IX

Kanan Makiya

kam 1968 zum Studium in die USA und blieb dort im Exil, als sein Vater, ein bekannter irakischer Architekt, vom Regime in Bagdad ausgebürgert wurde. Unter Pseudonym schrieb Makiya 1989 „Republic of Fear“, ein Standardwerk über Saddams totalitäre Herrschaft. Für den „Irakischen Nationalkongress“ formulierte er eine Verfassung, die auf Föderalismus und Demokratie beruhen soll. Makiya, 53, von Beruf eigentlich Architekt, unterrichtet an der Brandeis Universität und in Harvard. Spezialgebiet: Probleme des Nahen Ostens.

SPIEGEL: Die Baath-Partei hatte zu Beginn von Saddams Herrschaft großen Einfluss. Heute hinterlässt das Regime eine Gesellschaft, die viel stärker vom Clanwesen geprägt ist.

Makiya: Was bleibt, sind Hass und Misstrauen, welche die Partei diesem Land eingimpft hat. Die Tribalisierung ist seit 1991 zu einem Problem geworden. Die Clans, wie früher die Partei, haben Saddam geholfen, sein Unrechtsregime aufrechtzuerhalten.

SPIEGEL: Sie fordern, nach deutschem Vorbild, eine „Ent-Baathifizierung“. Wie wollen Sie mit den Repräsentanten des alten Regimes verfahren?

Makiya: Wir haben noch keinen detaillierten Plan, aber es wird mindestens drei klar abgegrenzte Klassen geben: Zur ersten Gruppe gehören Leute, die Ver-

brechen gegen die Menschlichkeit begangen haben – also jene, die an der Vergasung der Kurden, den Kriegsverbrechen in Kuwait und der barbarischen Niederschlagung des Aufstands 1991 beteiligt waren. Die zweite Klasse betrifft andere Verbrechen, die ebenfalls strafrechtlich verfolgt werden müssen. Das sollen irakische Gerichte machen – möglicherweise mit ausländischen Beobachtern. In einer dritten Gruppe wollen wir auf Südafrikas Erfahrungen mit seiner „Wahrheitskommission“ aufbauen. Das wird Leute betreffen, die zugeben, welche Verbrechen sie begangen haben, und für die es unterschiedliche Formen der Amnestie geben wird.

SPIEGEL: Wo und von wem sollen diese Leute vor Gericht gestellt werden?

Makiya: Es ist noch unklar, ob das vor einem internationalen Tribunal geschehen soll oder vor einem irakischen Gericht mit internationaler Beteiligung. Auf jeden Fall



RICARDO THOMAS / THE DETROIT NEWS / AP

Jubelnde Exil-Iraker in Dearborn (Michigan)
„Angst und Freude, Sorge und Hoffnung“



REUTERS / E-LANCE MEDIA

Bagdader Einwohner, US-Soldat: „Für unser Schicksal selbst verantwortlich“

müssen internationale und irakische Richter gemeinsam ein Urteil fällen.

SPIEGEL: Politisch, so schlagen Sie vor, soll der neue Staat eine föderalistische Struktur haben. Wie stellen Sie sich das vor?

Makiya: Föderalismus war immer der leitende Gedanke der irakischen Opposition. Es geht uns darum, den Nationalismus, der seit Jahrzehnten das politische Denken in der arabischen Welt bestimmt, abzuschüttern. Wir dürfen unsere ethnischen, kulturellen, religiösen Unterschiede nicht länger leugnen – wir müssen sie feiern.

SPIEGEL: Ist das realistisch? Selbst europäische Gesellschaften haben es bis heute nicht zu dieser Reife gebracht.

Makiya: Es wird nicht einfach sein, Millionen von Irakern von dieser Idee zu überzeugen. Doch wir haben Grund zur Hoffnung: Die Kurden im Norden machen eine föderalistische Struktur des Landes geradezu zur Bedingung dafür, im irakischen Verbund zu bleiben. Warum sollten die Schiiten im Süden das anders sehen?

SPIEGEL: Weil sie vielleicht wie die Kurden von einem eigenen Staat träumen.

Makiya: Diese Haltung resultiert doch nur daraus, dass Saddams Irak den Zentralismus pervertiert hat. Wir werden starke Provinzen haben mit lokalen Parlamenten, Polizei und lokaler Autonomie. Die Ressourcen des Landes werden auf diese Provinzen aufgeteilt – ohne die territoriale Integrität des Irak aufs Spiel zu setzen.

SPIEGEL: Hört sich bestechend an – aber auch ein wenig wie Platons Traktat über den idealen Staat.

Makiya: Ja, lehnen Sie sich ruhig zurück und prophezeien uns das Scheitern. Das ist eine sehr bequeme Haltung – die wir uns aber leider nicht leisten können. Der Irakische Nationalkongress (INC) muss alle Möglichkeiten in Betracht ziehen, so utopisch sie heute auch scheinen mögen.

SPIEGEL: Welchen Anteil wird der INC am Aufbau des neuen Staats haben? Im US-Außenministerium bestehen starke Vorbehalte gegen eine Sonderrolle der Exil-Opposition unter Ahmed Schalabi. Da kursieren Vorstellungen, führende Funktionen sollen von Irakern übernommen werden, die im Irak geblieben sind.

Makiya: Dieser angebliche Widerspruch zwischen dem Exil und den Irakern innerhalb des Landes ist nichts als eine Erfindung zerstrittener politischer Kreise hier in Washington. Wer gegen uns „Leute von draußen“ ist, der ist am Ende für die Repräsentanten des alten Regimes – gewendete Baathisten, frühere Armeeoffiziere,

„AMERIKA WIRD NICHT
LANGE IM IRAK BLEIBEN WOLLEN,
DOCH EIN, ZWEI JAHRE SIND
WIR DARAUF ANGEWIESEN.“

ehemalige Diplomaten. Wir vom INC werden nicht mit diesen Leuten zusammenarbeiten. Wir wollen einen Neuanfang.

SPIEGEL: Wollen Sie damit sagen, nur das Pentagon sei für einen neuen Irak, während sich das US-Außenministerium mit faulen Kompromissen begnüge?

Makiya: Es ist bittere Ironie, aber genauso ist es. Warum gehen Leute wie ich im Pentagon und in Dick Cheney's Büro aus und ein – und nicht im Außenministerium? Dort sitzen doch die Arabien-Experten dieser Regierung. Doch was die wollen, ist ein Irak nach dem Vorbild Jordaniens oder Saudi-Arabiens.

SPIEGEL: Vielleicht sind die Diplomaten einfach realistischer als das Pentagon.

Makiya: Sie haben jedenfalls weniger politische Vorstellungskraft, und hinter ihrem so genannten Realismus steht letztlich eine

Form der Verachtung, der Herablassung: „Diese Araber, diese Muslime, diese Iraker – die schaffen das ja doch nicht alleine.“

SPIEGEL: Sie schlagen eine weitgehende Entmilitarisierung des Irak vor. Wie aber soll dieses Land dann gegen seine begehrlichen Nachbarn verteidigt werden? Und was sagen Sie zu den Plänen der US-Regierung, den Irak wieder aufzurüsten?

Makiya: Wenn es Washington mit der Wiederaufrüstung ernst meint, dann steuern wir da auf einen Konflikt zu. Uns schwebt ein System von Friedensverträgen mit den Nachbarstaaten vor – etwa mit Kuwait, das dem Irak im Gegenzug seine Schulden erlassen könnte. Eventuell wird auch ein Schutzvertrag mit den USA oder den Vereinten Nationen nötig sein, der die territoriale Integrität des Irak sichert. Auf jeden Fall wollen wir weg von der Vorstellung, die Stärke eines Landes bemesse sich nach seiner militärischen Macht.

SPIEGEL: Wie stellen Sie sich eigentlich die Beziehungen des neuen Irak mit Israel vor?

Makiya: Wir wollen auch hier einen grundsätzlich neuen Weg gehen. Das Verhältnis zu Israel soll nicht länger von Krieg oder Nichtanerkennung gekennzeichnet sein oder dem permanenten Verlangen, andere sollten unsere Probleme lösen. Das sind bislang die drei Konstanten der arabischen Politik gegenüber Israel gewesen.

SPIEGEL: Viele Araber glauben, anders als Sie, Washington sei nicht Lösung, sondern entscheidender Teil des Nahost-Problems.

Makiya: Da bin ich anderer Ansicht. Ich finde, wir Araber müssen endlich einsehen, dass wir selbst verantwortlich sind für unser Schicksal. Wir können die Schuld nicht immer auf andere schieben. Auch die Diktatur im Irak ist unsere eigene Schöpfung, Saddam unsere eigene Kreatur. Nicht die Amerikaner haben die Kurden in Halabdscha vergast, nicht die Amerikaner haben Iran mit Giftgas angegriffen.

SPIEGEL: Wann wird die erste demokratische Regierung an die Macht kommen?

Makiya: Amerika wird nicht allzu lange im Irak bleiben wollen, doch ein, zwei Jahre lang sind wir bestimmt darauf angewiesen. Innerhalb dieses Zeitraums werden Volksabstimmungen abgehalten über wichtige Grundfragen – ob wir eine Republik haben wollen zum Beispiel oder eine Monarchie; ob wir für Föderalismus sind oder nicht. Dann brauchen wir eine verfassunggebende Versammlung. Der Verfassungsentwurf wird per Referendum gebilligt werden.

SPIEGEL: Wollen Sie selbst nach Bagdad zurückkehren? Sie sind seit 35 Jahren nicht mehr da gewesen.

Makiya: Ich will zurück, um bei der Formulierung der neuen Verfassung mitzuarbeiten. Aber ich überschätze mich nicht. Intellektuelle wie ich müssen ihre Grenzen anerkennen in den Zeiten des Übergangs. Ich bin kein Politiker, und ich bin zu lange weg gewesen.

INTERVIEW: GERHARD SPÖRL, BERNHARD ZAND